**Einbringung des Haushaltes 2015 für die Stadt Kamen
Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 06.11.2014**

(es gilt das gesprochene Wort)

Konsolidieren und gestalten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe bei der Abfassung meiner diesjährigen Haushaltsrede darüber nachgedacht, wie ich es möglichst vermeiden kann, Sie mit Altbekanntem zu langweilen. Die gebetsmühlenartige Betonung der strukturellen Unterfinanzierung hängt uns – mit Verlaub – immer mehr zu den Ohren raus. Erwähnen muss ich das Thema trotzdem.

Bereits im letzten Jahr habe ich das Wort „update“ benutzt. Auch in diesem Jahr: „im Westen nichts Neues“. Jedenfalls nichts Grundlegendes. Ich stelle Ihnen kein neues Programm vor. Wir haben notwendige Modellpflege betrieben. Notwendig, weil sich in erster Linie die Rahmenbedingungen weiter verschlechtert haben.

Um im sprachlichen Kontext zu bleiben, „never change a running system“ – ändere niemals ein funktionierendes System. Heute kann ich Ihnen ein Produkt präsentieren, das in vollem Umfang lauffähig ist und – neudeutsch – ein gutes Produktdesign besitzt.

Allerdings war die Aufstellung ein großer Kraftakt. Deshalb möchte ich diesmal bereits am Anfang meiner Rede allen Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei und dem gesamten Haus einen besonders herzlichen Dank zollen. Im Prozess der Mittelanmeldung haben wir in einer fast inquisitorischen Art und Weise selbst kleinste Beträge hinterfragt. Eine Entwicklung, die die Ernsthaftigkeit der Arbeit, aber auch das Dilemma der Sparanstrengungen offenbart. Im Ergebnis hat es sich gelohnt.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen am Beginn einer neuen Ratsperiode. Eine Ratsperiode, die für die Stadt ein wichtiger Meilenstein sein wird. In den nächsten sechs Jahren wird sich entscheiden, ob die Haushaltssanierung bis 2022 gelingt oder nicht. Dies ist einerseits von den Rahmenbedingungen abhängig, die Bund und Land uns vorgeben und andererseits, wieweit wir selbst gewillt sind, diesen Prozess zu steuern.

Meine Damen und Herren, Ihnen obliegt eine große Verantwortung. Wir alle wollen, dass Kamen auch weiterhin getreu unserem Motto eine lebenswerte Stadt bleibt. Wir wollen das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben.

Wir machen Vorschläge. Sie entscheiden über die Strategie. Ich kann nur appellieren: bitte haben Sie das große Ganze im Blick. Wir dürfen uns nicht im Detail verlieren. Einzelkritik ist notwendig, Rosinenpickerei nicht. Änderungen sind erwünscht, aber bitte mit Finanzierungsalternativen oder Deckungsvorschlägen. Nur eine geschlossene Konzeption hält uns den Sparkommissar vom Leib, den Nideggen und Altena bereits leidvoll kennengelernt haben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe eben von einem „update“ gesprochen. Lassen Sie uns kurz einmal zurückblicken, wann wir die neue „Komplettversion“ eingeführt haben. Ich denke, es ist ein Gebot der Fairness, den Damen und Herren des Rates, die diesmal erstmalig über den Haushalt des kommenden Jahres abstimmen, in Kurzform die Hintergründe des Stärkungspakts und der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen aufzuzeigen.

Kurz vor der Landtagswahl 2010 zeichnete sich endgültig ab, dass es so nicht weitergehen konnte. Die Kassenkredite als wichtiger Krisenindikator hatten sich von 2005 bis Ende 2010 von 10,7 auf 20,2 Mrd. Euro fast verdoppelt. Auf der Basis eines finanzwirtschaftlichen Gutachtens wurde mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen ein neues Kapitel in der Konsolidierung der kommunalen Haushalte aufgeschlagen. Erstmals gestand eine Landesregierung ein, dass der Schuldenberg, den die Städte und Gemeinden über die Jahre anhäuferten, von diesen nicht allein abzutragen ist. Vor allem der stetig steigende – im Wesentlichen auf Bundesgesetze zurückzuführende – Sozialaufwand wurde als Ursache für die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Familie identifiziert.

Der sogenannte Aktionsplan Kommunal Finanzen der Regierung Kraft beinhaltete drei unterschiedliche Maßnahmen. In ganz groben Zügen: zum einen wurde die Finanzausstattung der Kommunen allgemein geändert. Hier möchte ich nur die Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer herausgreifen.

Zum anderen wurde eine direkte Konsolidierungshilfe für die hoch belasteten Kommunen eingeführt. Dieses Gesetz ist so konzipiert, dass in einer ersten Stufe die Gemeinden pflichtig an der Konsolidierungshilfe teilnehmen mussten, die bereits im Jahr 2010 überschuldet waren oder denen die Überschuldung bis 2013 drohte. In unserer Region zähl(t)en hierzu Schwerte und Selm.

In einer zweiten Stufe konnten diejenigen Gemeinden freiwillig teilnehmen, denen die Überschuldung bis 2016 drohte. Diese Entscheidung wurde in Bönen getroffen. Im Ergebnis nehmen 61 Gemeinden am Stärkungspakt teil, davon 34 pflichtig.

Beide Varianten kamen für unsere Stadt nicht in Betracht. Wir profitierten und profitieren von der Änderung des § 76 der Gemeindeordnung und das ist der dritte Baustein. Danach sind Haushaltssicherungskonzepte nun auch dann genehmigungsfähig, wenn der Haushalts-

ausgleich nach 10 Jahren erreicht wird; bisher waren es fünf. Durch diese Fristverlängerung ändert sich unmittelbar nichts an der Finanzlage der betroffenen Städte. Wir bekamen dadurch auch nicht mehr Geld. Nun ist es aber möglich, die Haushaltskonsolidierung auch auf solche Sanierungsmaßnahmen zu stützen, die nur längerfristig wirken.

Ich möchte hier noch einmal die Methodik in Erinnerung rufen. Bei jedem Haushalt planen wir nun nicht nur das Folgejahr, sondern den Folgezeitraum bis insgesamt 2022 mit allen Auswirkungen.

Bitte glauben Sie mir, das ist ein ungeheurer Aufwand. Bei jeder Änderung müssen wir in einem dynamischen Prozess die Simulation bis zum Ende des Konsolidierungszeitraums für jedes einzelne Jahr anpassen.

Was das als Ergebnis konkret für diesen Finanzplanungszeitraum bedeutet, werde ich Ihnen später noch im Einzelnen erläutern. Sie müssen auch wissen, dass wir das Haushaltssicherungskonzept und die einzelnen Maßnahmen stetig fortschreiben. Fällt eine Maßnahme aus oder reduziert sie sich, müssen wir für Ersatz sorgen.

Die Anstrengungen der Landesregierung sind zu Recht auf breite Zustimmung gestoßen. Leider zeigt sich jedoch mittlerweile, dass die gewaltigen finanziellen Anstrengungen, die bisher unternommen worden sind, bei weitem nicht ausreichen. Dies ist geradezu erschreckend, wenn man bedenkt, dass die NRW-Kommunen allein im kommenden Jahr die Rekordsumme von 9,6 Milliarden Euro vom Land erhalten (+ 2,1 % gegenüber dem Vorjahr).

Eine wesentliche Ursache besteht darin, dass den Kommunen von Bund und Land systemwidrig immer wieder neue Aufgaben auferlegt werden, für die keine Finanzierung mitgeliefert wird. Die Fachleute sprechen von fehlender Konnexität.

Mein Musterbeispiel hierfür ist der Asylbereich. Nach meinem Verständnis ist das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden. Bitte missverstehen Sie mich nicht. Dies ist keinerlei Kritik am verfassungsrechtlich verbürgten Grundrecht auf Asyl. Kritik äußere ich aber an der Finanzarithmetik. Allein im Jahr 2014 werden wir in Kamen – Abschreibung von Gebäuden o.ä. gar nicht mitgerechnet – Aufwendungen in Höhe von deutlich über einer halben Mio. Euro selbst tragen müssen. Ich hoffe, dass sich dieser Betrag, nach dem kürzlich durch die Ministerpräsidentin einberufenen Flüchtlingsgipfel, zukünftig reduziert. Der Fehlbetrag wird dadurch aber bei weitem nicht gedeckt.

Die Aufwendungen für Asyl sind aber nur die Spitze des Eisberges. Der Eisberg insgesamt sind die ständig steigenden Sozialaufwendungen. Ich weiß, der Gedanke an die Titanic drängt sich förmlich auf.

Nach Berechnungen des Städte- und Gemeindebundes belaufen sich die jährlichen Aufwendungen für soziale Leistungen für die NRW-Kommunen mittlerweile auf gut 15 Mrd. Euro.

Unsere Region hat ihren Anteil daran. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit stoßen wir inzwischen an strukturelle Grenzen. Die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit kann kaum noch über Integ-

ration in den Arbeitsmarkt reduziert werden, weil Arbeitsangebot und –nachfrage zunehmend auseinanderdriften.

Mit 97 Mio. Euro ist die Finanzierung der Kosten der Unterkunft und Heizung für arbeitslose Menschen der größte Einzelposten im Kreishaushalt. In Kürze wird die Schallmauer von 100 Mio. durchbrochen. Dahinter stehen 20.700 Bedarfsgemeinschaften, das heißt, rund 40.000 Hartz IV Empfänger oder 10% der Bevölkerung im Kreis. 60% des Kreishaushaltes sind Sozialaufwendungen, die auf Bundesgesetzen beruhen.

Der Bund hatte zwar für diese Legislaturperiode zumindest die Entlastung bei der Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt, sein Versprechen bisher allerdings nicht eingelöst.

An gleicher Stelle vor 3 Jahren (Plan 2012) hatte ich bereits auf das niedrige Einkommensteueraufkommen in unserer Region hingewiesen. Bei der Einweihung des neuen Jobcenters habe ich mitgenommen, dass 7.600 Menschen unterstützt werden müssen, weil diese von ihrer Arbeit nicht leben können. Wir sprechen von den sogenannten Aufstockern.

Denke ich an diese Menschen, denke ich automatisch an drohende Altersarmut. Der demographische Wandel ist keine akademische Diskussion, sondern findet tatsächlich statt. Nicht nur die Kosten für die Pflege werden kontinuierlich ansteigen und uns zusätzlich belasten, auch dieses Thema wird uns langfristig begleiten.

Am 24. Oktober sind alle Kämmerer des Kreises Unna geschlossen zur Bezirksregierung nach Arnsberg gefahren. Wir sind dorthin gefahren, um deutlich zu machen, dass wir deckungsgleiche Probleme haben wie die kreisfreien Städte des Ruhrgebietes. Wir haben beispielsweise auf die eklatante Schieflage bei den Schlüsselzuweisungen hingewiesen. Seit dem Jahr 2000 sind sie im kreisangehörigen Raum um 14,23 %, bei den kreisfreien Städten dagegen um 71,45 % gestiegen.

Angesprochen wurde auch die unterschiedliche Finanzausstattung der Kreise in NRW. Wie kann es sein, dass die Kreise Borken und Steinfurt deutlich höhere Schlüsselzuweisungen trotz erheblich niedriger ALG II-Fallzahlen erhalten als der Kreis Unna? Kreise, wo sich die Kollegen ärgern, dass man für seine Geldanlagen derzeit keine Zinsen erhält. Das ist leider die Wahrheit!

Wir haben natürlich auf unsere tickende Zeitbombe hingewiesen. Die Liquiditätskredite im Kreis Unna sind mittlerweile auf mehr als eine halbe Milliarde Euro angewachsen.

Wir haben darauf verwiesen, dass die Spitzensätze bei der Grundsteuer B der Indikator schlechthin für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind. Alle Knackpunkte sind zur Sprache gekommen, und wir sind auf großes Verständnis gestoßen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir Kämmerer haben in Arnsberg auf unserer Schiene das erreicht, was wir derzeit erreichen konnten. Wir haben das Versprechen mitgenommen, dass sich die Bezirksregierung beim MIK für uns einsetzen wird. Gespräche der Bürgermeister werden folgen. Geplant ist auch ein Gespräch mit unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, hoffentlich noch dieses Jahr.

Bringen wir den Kreis Unna ins Gespräch, halten wir ihn im Gespräch, nutzen wir alle unsere Möglichkeiten, bleiben wir lästig.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf die Evaluation des Stärkungspakts Stadtfinanzen hinweisen. Die kommunalen Spitzenverbände halten es für dringend geboten, dass das Land auch für bislang nicht am Stärkungspakt teilnehmende Kommunen Hilfen zur Haushaltskonsolidierung bereitstellt. Es zeigt sich, dass einige Kommunen so vom Abwärtsstrudel erfasst sind, dass sie, Stand heute, nunmehr auch die damaligen Kriterien für die Aufnahme in den Stärkungspakt Stufe 1 und 2 erfüllen. Insofern teile ich die immer lauter werdenden Forderungen, die sich auch der Städte- und Gemeindebund NRW zu Eigen macht, dass eine dritte Stufe des Stärkungspakts dringend notwendig ist.

Machen wir uns aber nicht zu viele Hoffnungen. Die finanzielle Lage des Landes ist überaus angespannt. Schnelle Hilfe ist nicht zu erwarten. Umso mehr sind wir selbst gefragt, weiterhin gestaltend tätig zu bleiben. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, erkennt auch den langfristigen Umbau und die Resultate unserer Arbeit.

Wie bei der Haushaltsplanung muss man dabei einen langen Atem haben. Welche Schwierigkeiten waren beim Kamen Karree und bei Hertie aus dem Weg zu räumen. Das ist erfolgreich gelungen. Auch die Krise um den insolventen Baumarkt ist gelöst; Hornbach hat in der vergangenen Woche geöffnet. Zeitgleich fand die Einweihung eines neuen Kunstrasenplatzes statt; Startschuss für eine zukunftsweisende Städteplanung. Lassen Sie mich noch ein Beispiel dafür herausgreifen, dass wir nicht stehenbleiben: die neue Grünanlage an der Seseke als Tor zur Innenstadt. Es ist zu kurz gegriffen, dieses Projekt auf ein paar Betonstufen am Wasser zu reduzieren und mit Steuergeldverschwendung zu stigmatisieren.

Ja, es stimmt, wir haben die Kosten dieser Maßnahmen noch einmal sorgfältig geprüft. Ja, nicht alles Wünschenswerte lässt sich umsetzen. Manches können wir uns auch nicht leisten. Wir müssen unsere Investitionen sorgfältig planen. Wir dürfen uns hinsichtlich unserer Eigenanteile nicht überschätzen. Wir müssen Folgekosten bedenken. Aber wir wollen die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt kontinuierlich weiter verbessern.

Mit diesem Haushaltsplanentwurf möchte ich einen Mittelweg gehen zwischen Konsolidierung und Gestaltung.

Noch kurz einen Blick auf das laufende Haushaltsjahr:

1. Ergebnisrechnung 2014 (Vortrag vorlaufend als eigenständiger Top 6 „Finanzbericht“)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, im laufenden Jahr konnten Sie in den Medien völlig widersprüchliche Berichte zur Finanzlage der Kommunen verfolgen. Sie hörten, allen voran vom Bundesfinanzminister, dass die Finanzlage noch nie so gut war wie jetzt und die kommunalen Steuereinnahmen nur so sprudeln würden. In den letzten Wochen dann die krass im Widerspruch stehenden Reaktionen meiner Kollegen aus Unna, Bergkamen, Wuppertal, Remscheid, Solingen, Hagen, Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Aachen, Bonn oder unseres Kreises und anderer mehr, die Haushaltssperren verhängt haben.

Bei meinen letzten Finanzberichten im Hauptausschuss habe ich deutlich gemacht, dass wir diese Verlautbarungen aus Berlin sehr misstrauisch und die Entwicklung in Kamen besonders sorgfältig beobachten. Was ist passiert?

Für die aktuellen Haushaltssperren ist neben den angesprochenen unvermindert steigenden Soziallasten vor allem der Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen ursächlich.

Es nützt mir gar nichts, dass das Statistische Bundesamt Finanzierungsüberschüsse verkündet. Irgendwo in der Republik mag es in der Kasse klingeln, aber leider nicht in meiner. Die Schere zwischen armen und reichen Städten und Regionen klafft immer weiter auseinander. Zusätzlich muss man die Zeichen einer abschwächenden Konjunktur ernst nehmen.

Die Abweichungen von der Planung sind aber nicht so groß, dass wir zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes gezwungen sind. Auch einer Haushaltssperre bedarf es nicht. Die Mehraufwendungen beruhen auf rechtlichen Verpflichtungen und sind nicht abwendbar.

Nach der derzeitigen Prognose wird das für 2014 geplante Defizit von – 10.788.782 Euro um einen Betrag in Höhe von 1.740.000 Euro überschritten. Der Jahresfehlbetrag zum 31.12.2014 wird sich voraussichtlich auf rund 12,5 Mio. Euro belaufen. Die Differenz entspricht damit den Prognosen, die ich bereits im Hauptausschuss am 01.07. und am 16.09.2014 vorgestellt habe.

Ich sehe darin eine Bestätigung, dass unser Analyse- und Controllingsystem in der Lage ist, verlässliche Zahlen zu liefern. Allen Kolleginnen und Kollegen meinen herzlichen Dank für die zusätzliche Arbeit, die Ausfluss der unterjährigen Evaluation des Haushaltssicherungskonzepts ist.

Hauptursache für Mindererträge ist der unerwartete Einbruch der Gewerbesteuer. Wir haben die Einnahmeerwartung von 15,3 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro reduziert. Die Entwicklung ist insofern erstaunlich, da wir bereits im Januar ein Anmeldesoll von deutlich über 11 Mio. Euro verzeichnen konnten. Im März lagen wir schon bei 12,4 Mio. Euro. Seitdem läuft es nur noch schleppend oder sogar rückläufig. Sieht man sich die Entwicklung im Quervergleich von Monat zu Monat über die letzten fünf Jahre an, sind keine Gesetzmäßigkeiten festzustellen, die eine sichere Prognose ermöglichen.

Mehraufwendungen sind zu verzeichnen im Bereich der Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen (+ 506.000 Euro). Als erschreckend empfinde ich immer die kleine Zahl extrem kostenintensiver Fälle. Der Anstieg der Flüchtlingsströme wird mit rund 310 Tsd. Euro zu Buche schlagen.

Eine teilweise Kompensation dieser Mehraufwendungen gelingt durch Einsparungen bei den Zinsen (ca. 950 Tsd. Euro), durch Zuweisungen KiBiz (494 Tsd. Euro), Erstattungen von Jugendhilfekosten (310 Tsd. Euro) sowie Verwaltungsgebühren für Bauanträge (164 Tsd. Euro).

Liquidität

Im Laufe des Jahres war es erneut erforderlich, einen zusätzlichen Kassenkredit über 3 Mio. Euro aufzunehmen. Nach dem derzeitigen Stand beläuft sich der Gesamtbetrag der Kassenkredite nunmehr auf 66 Mio. Euro; ein weiterer Anstieg zum Jahresende ist nicht zu erwarten. Ich plane vielmehr, Teilbeträge der Kassenkredite zum Jahresende durch Aufnahme eines Investitionskredites umzuschulden.

Die angestrebte Haushaltsverbesserung durch HSK-Maßnahmen liegt voll im Plan. Ich gehe davon aus, dass wir den angestrebten Jahresbetrag von 7 Mio. Euro sogar um rund 90 Tsd. Euro überschreiten werden.

Ich möchte Ihnen nun unsere Planungen für das Haushaltsjahr 2015 vorstellen:

2. Produktplan 2015

Jahresergebnis 2015

Die Gesamterträge des Ergebnisplans 2015 belaufen sich auf rund 100 Mio. Euro; diesen stehen Gesamtaufwendungen in einer Größenordnung von rund 111,5 Mio. Euro gegenüber, so dass sich ein Fehlbetrag von annähernd 11,5 Mio. Euro (-11.521.083 Euro) ergibt.

Auf der **Ertragsseite** ist die Gewerbsteuer dafür ursächlich. Nach wie vor fehlt eine verlässliche Kommunalsteuer. Bei der Gewerbsteuer verzeichnen wir Schwankungen, die die reale Entwicklung des Wirtschaftsstandortes nicht immer zutreffend widerspiegelt.

Leider fehlt in Berlin der Mut, die Folgen einer verfehlten Unternehmenssteuergesetzgebung zurückzunehmen. Es kann nicht sein, dass der kommunale Bezug einer Steuer durch Gestaltungsmöglichkeiten im Konzern komplett aufgehoben wird. Die Gewerbsteuer muss auch da ihren Niederschlag finden, wo der betriebliche Erfolg erwirtschaftet wird.

Bei allem Klagen dürfen wir aber nicht vergessen: Die Kamener Gewerbetreibenden entrichten ihren Obolus für die Stadt. Niemand kann etwas für die Rezession aufgrund weltwirtschaftlicher Implikationen und wer investiert, zahlt selbstverständlich auch weniger. Es ist schwer genug, in dieser strukturschwachen Region – im wahrsten Sinne des Wortes - etwas zu unternehmen. Deshalb mein klares Petitum: Den Hebesatz bei der Gewerbsteuer möchte ich nicht anfassen. Ich habe auch weiterhin die Doppelbelastung des gewerblichen Grundbesitzes mit der Grundsteuer im Blick.

Ausgehend von den Erfahrungen dieses Jahres haben wir uns entschlossen, die bisherigen Ansätze für 2015 und die Folgejahre nach unten anzupassen. Für 2015 planen wir mit 14,5 Mio. Euro.

Neu aufgenommen habe ich eine Übersicht zur Grundsteuer B.

Die Grundsteuer entwickelt sich leider zu einem Notnagel des Ausgleichs der kommunalen Unterfinanzierung. Ich sehe diese Entwicklung sehr kritisch. Nicht zuletzt, weil sie zu erheblichen Verwerfungen in der kommunalen Familie führt und der Bürger für Probleme zur Kasse

gebeten wird, die mit der ursprünglichen Intention immer weniger zu tun haben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Düsseldorf kein probates Mittel gegen diese Entwicklung hat. Hat man den Sparkommissar im Haus wird dieser einfache Weg gewählt.

Es wird langsam Usus, Fehlbeträge in Hebesatzpunkten auszudrücken. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn die Kreisumlage um 1,35 Mio. steigt, wären das in der Folge 100 Hebesatzpunkte mehr.

Doch, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, lediglich reflexartig an der Steuer-schraube drehen, genau das wollen wir nicht. Das ist für mich ultima ratio, wenn wir keinen anderen Weg mehr finden.

Ich betrachte das stetige Ansteigen der Hebesätze in den Kommunen mit großer Sorge. Bitte nehmen Sie mir ab, das ist kein Gefühl von Befriedigung, dass wir uns im Kreis Unna mittlerweile unter dem durchschnittlichen Hebesatzwert bewegen. Es ist eine erschreckende Entwicklung, wenn man sieht, dass auch vierstellige Beträge fast erreicht oder in Planung sind. Eins müssen wir leider feststellen, diese Hebesatzrallye wird auch uns früher oder später erreichen.

Gestatten Sie mir aber eine Anmerkung, entgegen der allgemeinen Hysterie und Hitlisten-pflege auch durch die Medien. Die Grundsteuern enthalten keinen Preisindex, wie das bei den Ertragssteuern der Fall ist. Dort sind Preissteigerungsraten automatisch eingepreist, bei der Grundsteuer nicht.

Zur Klarstellung: Wir haben unseren Haushaltsplanentwurf unverändert auf der Basis der nächsten Erhöhung im Jahr 2018 gerechnet. **2015 bleibt der Hebesatz bei 580 Punkten.**

Lassen Sie mich nur der Vollständigkeit halber erwähnen, dass wir eine Änderung bei der Vergnügungssteuer haben. Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts heben wir nun auf eine andere Bemessungsgrundlage ab. Das bisherige „Einspieler-gewinn“ wurde dadurch ersetzt, dass wir nun auf den Spieleinsatz abstellen. Insofern ist der Steuersatz ein gänzlich anderer. Das Aufkommen wird voraussichtlich ansteigen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer wird von den Steuererschätzern für das Jahr 2015 mit rd. 8,5 Mrd. Euro prognostiziert. Nach Anwendung individueller Schlüsselzahlungen ergibt sich für Kamen ein Ansatz von rund 18,7 Mio. Euro, der auf der Basis der Orientierungsdaten fortgeschrieben wird. Vorsorglich möchte ich darauf hinweisen, dass nach Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs neue Zahlen aus Düsseldorf gekommen sind, die wir noch einpflegen werden.

Kommen wir zum kommunalen Finanzausgleich und dem GFG 2015. Die Schlüsselzuweisungen spiegeln unsere Steuerkraft im Vergleich zu den anderen Kommunen im Land NRW wider und enthalten Faktoren für Sonderbedarfe. Bei aller Unzufriedenheit über die nicht auskömmliche Finanzierung, so profitieren wir im kommenden Jahr von der höheren Gewichtung der Soziallasten (Faktor 15,76 statt bisher 13,85).

Für das Haushaltsjahr 2015 können wir mit einer Zuweisung von ca. 23.089.000 Euro rechnen. Das ist ein Mehrertrag in Höhe von 1,2 Mio. Euro im Vergleich zum aktuellen Zeitraum. Auch hier richten sich die Ansätze für die Folgejahre nach den Orientierungsdaten.

Die ordentlichen **Aufwendungen** fallen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 um ca. 4,4 Mio. Euro höher aus. Steigerungen sind insbesondere durch Mehrausgaben bei den sogenannten Transferaufwendungen und durch Gehaltssteigerungen zu erwarten.

Die größte Aufwandsposition im Spektrum der Transferaufwendungen bildet weiterhin die Kreisumlage. Sie haben sicherlich der Presse entnommen, dass der Kreis Unna für das Jahr 2015 einen weiteren – drastischen – Anstieg des Hebesatzes von 46,70 % auf 48,34 % verkündet hatte, was für die Stadt Kamen im Vergleich zum Jahr 2014 eine Rekordsteigerung von 1.681.000 Euro bedeutet hätte. Die Zahllast hätte damit voraussichtlich 27.859.000 Euro betragen. Sie hören, ich nutze den Konjunktiv. Seit gestern wissen wir, dass es voraussichtlich nicht ganz so schlimm kommen wird. Der Hebesatz soll danach auf 47,55 % angehoben werden. Wie bei der Einkommensteuer, konnten wir die Änderungen nicht mehr berücksichtigen. Nach überschlägigen Berechnungen entspricht die Reduzierung in etwa dem Anteil an Einkommensteuer, den wir einbüßen. Also leider: „Wie gewonnen so zerronnen“. Dennoch freue ich mich über die Sparanstrengungen meines Kollegen Dr. Thomas Wilk. Es zeigt, dass unsere Sorgen gehört werden.

Bitte vergegenwärtigen Sie sich, dass sich der Anstieg für die kreisangehörigen Kommunen innerhalb eines Jahres aber immer noch auf über 10 Mio. Euro beläuft (10,7 Mio. Euro). Und, noch viel schlimmer, es ist nicht erkennbar, dass hier in absehbarer Zeit eine Trendumkehr stattfindet. Die hauptsächlichen Begründungen sind unverändert die Steigerungen im Bereich des SGB II und bei der Landschaftsumlage des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe (LWL).

Der Landschaftsverband (LWL) weist darauf hin, dass die Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe weiter steigen. Der Bund hatte zwar für diese Legislaturperiode zumindest die Entlastung bei der Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt, sein Versprechen aber immer noch nicht eingelöst. Über welche Größenordnungen sprechen wir eigentlich? Im Haushaltsplanentwurf 2015 hat der LWL Aufwendungen in Höhe von annähernd 2 Mrd. Euro eingepplant!

Beängstigend sind auch die Prognosen. Die Anzahl der Hilfeempfänger, insbes. im Bereich der Wohnhilfen, steigt stetig an. Dieser Anstieg ergebe sich aus generellen gesellschaftlichen, medizinischen und demografischen Entwicklungstrends, so der LWL. 70 % der Menschen mit Behinderung, die Wohnhilfen beanspruchen, seien jünger als 50 Jahre, d.h. die Unterstützung wird lange Zeit fort dauern. Rund 16.200 Menschen mit Behinderung (rund 47 %), welche eine Werkstatt für behinderte Menschen besuchen, leben derzeit noch bei ihren Eltern und beziehen (noch) keine Wohnhilfen. Die betreuenden Eltern kommen aber vermehrt in ein Alter, in dem sie Angebote von Sozialleistungsträgern in Anspruch nehmen werden.

Der Anteil an Menschen mit schweren und mehrfachen (körperlichen) Behinderungen steigt ebenso wie die Anzahl der psychischen Erkrankungen. Während 1993 psychische Erkrankungen nur bei rund 15 % für den Bezug einer vorgezogenen Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ursächlich waren, liegt die Quote heute bei 42 % (74.000 Fälle).

Allerdings kommt aus der kommunalen Familie auch immer wieder die Kritik, warum die durch den LWL verursachten Kosten deutlich höher liegen als bei vergleichbaren Trägern in anderen Bundesländern.

Eins ist doch klar, ohne strikten Sparkurs der Umlageverbände und angesichts begrenzter eigener Konsolidierungsmöglichkeiten sind wir kreisangehörigen Kommunen zu weiteren Steuererhöhungen gezwungen. Die Umlagebehörden wie der Kreis, der LWL und der RVR müssen die gleichen Konsolidierungsanstrengungen unternehmen wie die Kommunen.

Nur, bitte bedenken Sie, unser Kreis steht selbst vor der Überschuldung. Es ist illusorisch zu glauben, dass er – einfach mal so – 10 Mio. Euro einsparen könne. Es ist etwas schwierig, wenn ein nackter Mann einem anderen nackten Mann in die Tasche fassen will.

Im Rahmen der diesjährigen Benehmensherstellung haben wir kreisangehörigen Kommunen allerdings noch einmal deutlich auf das Memorandumpapier der Kämmerer vom vergangenen Jahr hingewiesen. Wir drängen weiterhin darauf, dass der Kreis – wie wir – ein Haushaltssicherungskonzept aufstellt.

Neben der Kreisumlage darf nicht unerwähnt bleiben, dass wir konstante Anstiege bei der Jugendhilfe (ca. 1 Mio. Euro) und den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben und haben werden.

Deutliche Veränderungen (ca. 1,5 Mio. Euro) gibt es auch bei den Personalaufwendungen, wobei neben der Zunahme des Personalkörpers (acht zusätzliche Rettungsassistenten), vor allem Tarifsteigerungen ursächlich sind (Beamte + 1,5 %, Tarifbeschäftigte + 2,4 %).

Nachrichtlich möchte ich noch erwähnen, dass wir die voraussichtliche Zinsbelastung dem weiterhin günstigen Zinsniveau angepasst haben (- 750 Tsd. Euro).

Damit kann ich zum Darlehensmanagement überleiten.

Zum Jahreswechsel 2013/2014 verzeichneten die NRW-Kommunen einen neuen Rekordstand der Kredite zur Liquiditätssicherung von 25,3 Mrd. Euro. Das ist die Hälfte des kommunalen Kreditbestandes in ganz Deutschland. Zum Glück ist die Belastung durch Zinszahlungen wegen der äußerst niedrigen Zinssätze moderat. Das Zinsänderungsrisiko birgt aber eine enorme Sprengkraft. Bitte führen Sie sich vor Augen, dass die Verschlechterung der Zinskonditionen um nur einen Prozentpunkt eine zusätzliche Belastung in NRW von rund 250 Mio. Euro bedeutet.

Zurzeit bestehen für uns keinerlei Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten. Wir nutzen das günstige Niveau zur Umschuldung, setzen weiterhin auf lange Laufzeiten und gleichmäßige Verteilung über die Zeiträume.

Gleichwohl steigen die Liquiditätskredite, allerdings mit zurückgehender Nettoneuverschuldung, an. Ab dem kommenden Jahr kommt es, aufgrund von Rückzahlungen und geringerer Investitionen, zu einer Reduzierung der Gesamtverschuldung.

3. Investive Maßnahmen 2015

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Festlegung des Investitionsumfanges für das kommende Jahr war ein langer und schmerzhafter Prozess. Es ist den Kolleginnen und Kollegen kaum noch zu vermitteln, wenn wir sinnvolle und notwendige Ausgaben kürzen oder nach hinten schieben.

Die Summe der Gesamtinvestitionen mit 8,7 Mio. Euro ist gleichwohl bemerkenswert. Ziel dieses Haushaltsplanentwurfes ist es auch in diesem Jahr, zu verhindern, dass unverzichtbare soziale, bildungspolitische, kulturelle sowie ökologische Strukturen zerschlagen werden. Im Saldo beträgt der Eigenanteil, der nach Abzug von Fördermitteln und Pauschalen auf die Stadt entfällt, rund 2,5 Mio. Euro.

In Ihrer Tischvorlage finden Sie die Investitionen nach Gruppen aufgeteilt unter Nennung der wesentlichen Maßnahmen. Darunter sind auch einige „alte Bekannte“. Das ist bspw. dann der Fall, wenn Straßenbaumaßnahmen oder Sanierungsmaßnahmen in den Schulen fortgeführt werden und sich über den Jahreswechsel erstrecken. Bei derartigen Großprojekten ist an mich im letzten Jahr der Wunsch herangetragen worden, auch die Gesamtinvestitionssummen zu nennen; ich verweise insoweit auf die Klammerzusätze.

Ich möchte mich in diesem Jahr auf wenige erläuternde Anmerkungen beschränken. Bitte entnehmen Sie Details dem Haushaltsplanentwurf.

Bei der „Straßenbeleuchtung Neuanlagen“ handelt es sich um die Beleuchtung von Zebrastreifen an Kreisanlagen.

Hinter dem Erwerb von Kraftfahrzeugen für den Rettungsdienst verbergen sich die dringend notwendigen Anschaffungen von fünf neuen Fahrzeugen, die gebührenfinanziert sind und Ihnen dort bei den Gebühren im späteren Verlauf meines Vortrages wieder begegnen werden.

Hinter der Seseke Einbindung in die Innenstadt verbirgt sich der weitgehend geförderte und bereits oben angesprochene neue „Seseke-Park“.

Bei dem Umbau der Stadthalle handelt es sich im Wesentlichen um den Einbau der von 2014 auf 2015 verschobenen Erneuerung der Lampenanlagen in der Halle.

Wenn Sie über die Bezeichnung „Umbau Ratstrakt“ stolpern, dann ist hier nicht die Reaktivierung des alten Ratssaales geplant. Das ist im Moment aus finanziellen Erwägungen ebenso wenig möglich wie die Reparatur des Glasdaches der Stadthalle. Gemeint ist der Sitzungssaal 2, der baulich verändert werden soll.

4. Hochrechnung bis 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Sie wissen, dass man den Fehlbetrag des Jahres 2015 im Zusammenhang sehen muss mit der Fortschreibung der Jahresergebnisse und des Kapitals bis einschließlich 2022. Stand heute, wird sich durch die Saldierung des Jahresergebnisses 2015 ein Eigenkapital am Ende des kommenden Jahres in Höhe von 51,5 Mio. Euro ergeben.

Aus der Ergebnissimulation können Sie ersehen, dass sich die Jahresfehlbeträge kontinuierlich bis zum Jahr 2021 reduzieren und nach heutiger Einschätzung voraussichtlich 2022 erstmalig ein Gewinn erzielt wird (103.100 Euro). Zu diesem Zeitpunkt wird das Eigenkapital bei rund 16 Mio. liegen.

Die erheblichen Einsparungen aufgrund der HSK-Anstrengungen habe ich Ihnen nachrichtlich mit aufgeführt. Die zugrundegelegten Eckdaten und Schätzungsgrundlagen entsprechen den Vorgaben des Innenministeriums und sind mit dem Kreis Unna abgesprochen.

Fazit: Es spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, dass die Kommunalaufsicht die Haushaltsatzung 2015 und das fortgeschriebene HSK 2015 genehmigen wird.

5. Gebührenhaushalte

Mit dem Blick auf die Gebührenhaushalte möchte ich meinen Vortrag beenden.

Ich beginne wie immer mit den Grundbesitzabgaben.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen verständlicherweise wissen, was auf sie zukommt. Hinsichtlich der Grundsteuer habe ich bereits gesagt, sie bleibt unverändert. Hinsichtlich der Gebühren kann ich keine vollständige Entwarnung geben, aber unsere Planung sieht einen moderaten Anstieg vor.

Auch in diesem Jahr der Hinweis, dass ich der Beschlussfassung des Betriebsausschusses nicht vorgreifen möchte, denn ich bringe den Wirtschaftsplan erst am 12. November ein. Der Vollständigkeit halber möchte ich den Vorschlag der Verwaltung für die Kanalbenutzungsgebühren aber mit aufnehmen.

Die Abfallgebühren bleiben nahezu konstant. Beim Biomüll ist keine Änderung erforderlich, beim Restmüll müssen wir die gestiegenen Kosten weitergeben. Die 80 Liter Standardtonne wird 2015 einen Euro (pro Jahr) teurer.

Bei der Straßenreinigung schlägt der Winterdienst zu Buche. Hier beträgt der Anstieg umgerechnet bei 25 Meter Anliegerstraße ca. 5 Euro pro Jahr.

Nachdem es uns gelungen war, 3 Jahre in Folge die Gebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser konstant zu halten, können wir der demografischen Entwicklung nun nicht

mehr länger Paroli bieten. Immer weniger Menschen verbrauchen immer weniger Wasser. Das ist im Prinzip erfreulich, aber für unsere Kalkulation bedeutet das einen Anstieg von 24 Euro für den 4-Personen-Haushalt.

In der Summe werden die Grundbesitzabgaben danach um 30 Euro oder umgerechnet 2 % steigen. Der Anstieg ist damit sehr moderat, und erfreulicherweise planen auch unsere Stadtwerke für das kommende Jahr keine Erhöhungen für Strom und Gas.

Hinsichtlich der anderen Gebühren möchte ich mich kurz fassen.

Bei den Friedhöfen sehen wir die Notwendigkeit, einige Wege zu erneuern. Die Dacherneuerung beim Friedhof Südkamen lässt sich nicht weiter hinauszögern, weil das Wasser mittlerweile an verschiedenen Stellen durchs Dach tropft. Das wird sich auf die Gebühren niederschlagen. Die Erhöhung wird im Quervergleich um 8 – bis 9 % liegen.

Die Gebühren für die Märkte können auf dem jetzigen Niveau bleiben.

Der Anstieg im Bereich Rettungsdienst ist auf die Anschaffung neuer Fahrzeuge und eines zusätzlichen Fahrzeuges mit den oben erwähnten acht neuen Mitarbeitern zurückzuführen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem Haushaltsplanentwurf setzen wir den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung weiter fort. Wir konsolidieren, ohne dass wir die Stadt kaputt sparen.

Oskar Lafontaine hat einmal gesagt, wenn wir kein Geld haben, brauchen wir wenigstens gute Ideen. Soweit sind wir noch nicht. Wir haben noch Geld und wir werden gut haushalten, damit es uns gelingt, viele gute Ideen umzusetzen.

Entgegen Ihrer Prognose vom Mai 2012, sehr geehrte Frau Scharrenbach, dass das HSK keine zwei Jahre halten werde, gehe ich mit Zuversicht in das dritte Jahr Ihrer Zeitrechnung. Getreu dem alten Grundsatz „Totgesagte leben länger“ sollte wir alle unsere Energie darauf stützen, den Patienten zu heilen. Ich weiß, dass man dafür einen langen Atem braucht, aber es gibt dazu keine Alternative. Bitte wirken Sie alle daran mit.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen viel Erfolg. Die Verwaltung steht Ihnen wie immer mit Rat und Tat zur Verfügung.

Herzlichen Dank und Glück auf.